

# Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen  
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 206.

1913. Nr. 272.

Abgabe für die Provinz Sachsen  
Preis für die Provinz Sachsen  
Preis für die Provinz Sachsen

Zweite Ausgabe

Freitag, 13. Juni 1913.

Abgabe für die Provinz Sachsen  
Preis für die Provinz Sachsen  
Preis für die Provinz Sachsen

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 31.  
Telephon Amt Kurirt Nr. 6290.  
Druck und Verlag von Otto Chtzma, Halle (Saale).

## Das Erbrecht des Staates in der Budgetkommission.

Die Beratung der Vorlage wurde bei § 4 fortgesetzt. Nach diesem hat der Fiskus, wenn er neben Großeltern des Erblassers beteiligt ist, diesem bei der Erbauseinandersetzung Haushaltsgegenstände, soweit sie nicht Gegenstand eines Grundstücks sind, sowie Gegenstände des persönlichen Gebrauchs auf Antrag unentgeltlich zu überlassen, ebenso Schriftstücke, die sich auf die persönlichen Verhältnisse des Erblassers oder auf dessen Familie beziehen, und auch Familienbücher. Bei der Auseinandersetzung in Ansehung des übrigen Nachlasses muß sich der Fiskus die Abfindung für seinen Erbteil in Geld gefallen lassen. — Als Ertragswert der landwirtschaftlichen Grundstücke ist in der Vorlage wie auch hier das Fünftel des Ertragswertes des Reinertrages vorgegeben.

Sine qua non ist in § 4 ein Zentrumsantrag bestimmt, daß in Fällen, in denen nach dem BGB, neben Großeltern des Erblassers noch Blödlinge von Großeltern des Erblassers in der Teilentziehung Erbteil besitzen, das in § 1 festgesetzte Erbrecht des Fiskus in Wegfall kommt.

Ein Zentralantrag des Zentrums bestimmt u. a. den Ertragswert der landwirtschaftlichen Grundstücke auf das Fünftel des Reinertrages und führt am Schluß an: „Die Abfindungssumme ist gegen Sicherheitsleistung zu finden.“

Ein freiwilliger Antrag will den Wert von Grundstücken auf 80 v. H. des gemeinen Werts annehmen und den Großeltern in Ansehung von Grundstücken und von Geschäftsbetrieben ein Vorkaufsrecht einräumen.

Ein sozialdemokratischer Antrag endlich will in § 4 als Wert der landwirtschaftlichen Grundstücke 90 v. H. des Verkehrswertes annehmen.

In der Abfindung wird vom Zentrumsantrag lediglich die Bestimmung über die Stundung der Abfindungssumme angenommen. Am liebsten gelangt der Vorschlag in der Fassung des freiwilligen Antrages zur Annahme, nachdem nach dem sozialdemokratischen Antrag statt des Ertragswertes der Verkehrswert einzusetzen ist.

Annahme wurde die Gesamtabfindung über § 1, die in voriger Sitzung ausgetestet worden war, nachgeholt. Sie ergab Annahme des Vorschlages mit der Stimmen der Linken und der mittleren Rechten.

§ 6 behandelt die Fälle, in denen ein Testament wegen formeller Nichtigkeit ist oder ein Erblasser nicht fähig war, ein Testament zu errichten.

Hier will ein Zentrumsantrag abweichend bestimmen: Die Vorrichtungen des BGB, über die gesetzliche Erbfolge der Verwandten bleiben unberührt, wenn der Erblasser nicht fähig war, ein Testament zu errichten oder wenn das vom Erblasser errichtete Testament infolge Mangels der Form nichtig ist.“

Ein Antrag Waldteich (Hortländer) will den Absatz 3 (Nachlass teilungsfähiger Personen) streichen und dafür einen neuen § 6 a schaffen, der u. a. bestimmt: „Mit der Erblasser verstorben, bevor er das 21. Lebensjahr vollendet hat, oder ist er vom vollendeten 16. Lebensjahre an bis zu seinem Tode teilungsfähig gewesen, so tritt das Erbrecht des Fiskus nicht ein.“

Die Kommission beschloß nach diesem Antrag Waldteich.

Im weiteren Verlauf der Erörterung wurde noch § 15 geändert, der in der Regierungsvorlage vom Ertrag dieser Steuer dem Reich 75 v. H. und dem beteiligten Bundesstaat 25 v. H. mit der Maßgabe zuteilt, daß die dem Gemeinden zu gewöhnliche Vergütung aus der dem Bundesstaat eingeräumten Vergütung zu betreiben ist. Statt dessen wollte ein Antrag Emmel (Soz.) dem Reich 60, dem Bundesstaat 30 und der Gemeinde 10 v. H. der aus dem Erbrecht des Fiskus erzielten Reinertrags zuweisen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Damit war die erste Sitzung dieser Vorlage beendet.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 12. Juni 1913.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Delbrück, Kriegsminister v. Heeringen.

Vorsitzender Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.

Die Spezialberatung der Wehrvorlage wurde fortgesetzt und die gestern zum zweiten Mal abgebrochene Diskussion über den Art. 1 mit den dazu gestellten Anträgen und Resolutionen wieder aufgenommen.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich habe gestern das Wort nicht erbeten, trotzdem Herr Pöschke es bemängelte, daß die Seereserverhaltung bis jetzt noch keinen Anhalt über etwaige

Beziehungen zu den Atlaswerken gegeben hat. Die Debatte war geschlossen und ich wollte sie nicht von neuem eröffnen. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß die Behauptung des Propheeten der Atlaswerke auf irrend

eine Zusicherung der Militärverwaltung zurückzuführen ist. Weder an das Kriegsministerium, noch an andere militärische Behörden ist bis jetzt überhaupt ein Antrag des Gründungsausschusses herangekommen. Im Gegenteil, das Ministerium hat im Jahre 1912 den verschiedenen Vereinen seine Meinung dahin kundgegeben, daß bei der stetigen Zunahme der Flugzeugfabriken die Befähigung entstehen muß, daß den neu zu gründenden, falls sie nicht über sehr große Mittel verfügen, keine sichere Existenz vorauszusetzen ist. Herr Pöschke hat in der Kommission und auch hier im Plenum die

Tätigkeit der Zentrums-

schon kritisiert. Diese soll ganz besonders bei der Expedition nach Südwest-Afrika verlagert haben. Ich möchte hier vorausschicken, daß die Zentrumsaktion in diesem Falle wesentlich den Wehrungen des Kolonialamtes und des Generalkommandos der Schutztruppen gefolgt ist. Man stand damals vor ganz besonders schwierigen Verhältnissen. Das Expeditionskorps war nur auf die beiden Landungsstellen in Lüderichsbusch und Swopfund angewiesen. Man mußte auch damit rechnen, daß bei den Rissen der Vorräte Schiffe zum Scheitern kämen, und danach Einrichtungen treffen. Wenn gesagt wird, man hätte die Vorräte aus dem englischen Gebiet beschaffen können, so ist das nur zum Teil gelungen, weil England ganz unvertretbar die Grenze sperrte. Das Expeditionskorps war deshalb auf Nachtragsvorräte aus der Heimat angewiesen, und es war selbstverständlich, daß die Übersicht über die vorhandenen Vorräte zu behalten. Man macht hier der Zentrumsaktion Vorwürfe für Dinge, die gar nicht in ihr Ressort gehören. Die Verpflegung im Kriege muß überdies unter anderen Gesichtspunkten stehenden als im Frieden. Die Märsche auf möglichst billige Verpflegung kann im Ernstfall nicht so ausfallend sein wie die rechtzeitige Verproviantierung. Die in diesem Sommer vorgenommenen Unglücksfälle in Ostpreußen werden von niemand mehr bedauert, als von mir. In der nötigen Sorgfalt hat es nicht gefehlt. Die betreffende Truppe, bei der die Hitzschläge voran, hatte einen breiten Waldstreifen zu durchqueren. Der Anmarsch erfolgte unter größter Sorgfalt und mit großer Wachsamkeit. Die meisten Unfälle ereigneten sich unmittelbar vor den Quartieren. Von den Gefallenen war niemand schon während der Übung erkrankt. Kräftige Hilfe war überall zur Stelle. Der Vorrat dürfte zurückzuführen sein auf die besonderen Luftverhältnisse in dem durchkreuzten Kiefernwalde und dann auf eine plötzlich einbrechende Gewitterstürme. Die die direkten Vorgesetzten, so bedauere ich herzlich, daß fünf brave Soldaten ihr Leben im Dienste des Vaterlandes haben lassen müssen. (Bravo) Betreffend den

österreichischen Oberst Nebl kann ich feststellen, daß er nicht in der Lage gewesen ist, irgendwelches geheimes Verzeichnis Material in die Finger zu bekommen. Im Geleg ist genau festgelegt, was zur

Kommandogewalt des Kaisers

gehört. Wenn im Reichstage Resolutionen vorgebracht werden, die in diese Rechte eingreifen, so habe ich dagegen Front zu machen. Der Kaiser allein hat über die Anstellung und Entlassung der Offiziere zu entscheiden; darin liegt die Garantie, daß jeder Zeit ein festes Instrument zur Sicherung des Vaterlandes in den Händen des Kaisers liegt. Wenn als Kriegsminister des Militärkabinetts bescheidet worden bin, so weiß ich das zurück. Ich bekomme weder Befehle noch Befehle vom Militärkabinet. Eine plötzliche Verlegung eines ganzen Regiments an die Grenze ist nicht angängig. Es erwidere dadurch für die Gruppen, wie für die Garnison erhebliche Schwierigkeiten, und die Zusammenlegung der Offizierkorps, ihre Gruppierung in Abteilungen und Bürgerliche, hängt nicht von den Garnisonen ab. Mit Genugtuung begrüßen wir, daß unsere Forderungen im allgemeinen anerkannt worden sind. Nur müssen wir daran festhalten, daß die

Kavallerieregimenter

uns doch in voller Zahl bewilligt werden. In der Hauptsache beruhen unsere Gründe hierfür in der Überlegenheit der Reiterei. Die von der Witterung abhängigen Flugzeuge können die Kavallerie nicht ersetzen, sie vermögen auch eine feindliche Kavallerie nicht aufzuhalten. Nur militärische Gründe, nicht höfische Rücksichten spielen hierbei eine Rolle. Werden diese Kavallerieregimenter nicht bewilligt, so bleibt eine wesentliche Lücke in unseren deutschen Kräfte, die sich bei Ausbruch eines Krieges empfindlich bemerkbar machen würde. (Rebatsches Wort) Deshalb bitte ich dringend, bewilligen Sie unsere Forderungen, sie stellen das Mindestmaß dessen dar, was wir für erforderlich halten. (Umrufe links.) Weiter im tiefen Frieden kann niemand sagen, was für den Ernstfall unbedingt notwendig ist; bewilligen Sie uns dieses Mindestmaß. Mehr wäre zweifellos besser. (Beifall rechts.)

Herr Verzag (W. Weg.): Wir betrachten die Wehrvorlage vom Gesichtspunkte der allgemeinen Wehrpflicht, des Fundaments der militärischen Struktur des deutschen Volkes und damit auch des Fundaments der Sicherung des Deutschen Reiches. Mit erster Sorge aber sehen wir der Gefahr entgegen, daß durch die Wehrvorlage laufende junge Leute dem Weltkriege ausbleiben für längere Zeit

entlassen werden und daß die Zubereitung fremdlandischer Arbeiter erheblich zunehmen wird. Es handelt sich bei der Vorlage um eine harte Notwendigkeit, wir sind mit der Vorlage, wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist, im allgemeinen einverstanden, nur nicht mit der Streichung der drei Kavallerieregimenter. Das Material verlangt Opfer, wir werden sie bringen. (Beifall.)

Herr Lebebour (Soz.): Alle Reden des Reichstages in der Kommission und im Plenum wären auf eine halbe Stunde zusammenzudrängen. Entsprechend ist auch die geistige Anstrengung, die er sich zugemutet hat, seiner Pflicht ist er nicht bewußt geblieben. (Lachen.)

Herr Kaempf (fortfahrend): Ein auffälliger Gegensatz zu dieser geistigen Anstrengung steht der Ton des Reichstages nicht der Opposition, sondern den Freunden der Vorlage gegenüber. Dr. Müller-Meininger, der ihn in Zimonade anprotestierte, hat er das Glas aus der Hand geschlagen, daß ihm die Zimonade um die Ohren spritzte. (Geisterzeit.) Wenn die Fortschrittler an die Wand gedrückt werden, daß sie quieschen, so geraten sie allerdings nicht in Ekstase. (Erneute Geisterzeit.) Die sogenannte Rede des Reichstages war eine fortgesetzte Drohung mit der Kommission und im Plenum wären auf eine halbe Stunde zusammenzudrängen. Entsprechend ist auch die geistige Anstrengung, die er sich zugemutet hat, seiner Pflicht ist er nicht bewußt geblieben. (Lachen.)

Herr Kaempf (fortfahrend): Ein auffälliger Gegensatz zu dieser geistigen Anstrengung steht der Ton des Reichstages nicht der Opposition, sondern den Freunden der Vorlage gegenüber. Dr. Müller-Meininger, der ihn in Zimonade anprotestierte, hat er das Glas aus der Hand geschlagen, daß ihm die Zimonade um die Ohren spritzte. (Geisterzeit.) Wenn die Fortschrittler an die Wand gedrückt werden, daß sie quieschen, so geraten sie allerdings nicht in Ekstase. (Erneute Geisterzeit.) Die sogenannte Rede des Reichstages war eine fortgesetzte Drohung mit der Kommission und im Plenum wären auf eine halbe Stunde zusammenzudrängen. Entsprechend ist auch die geistige Anstrengung, die er sich zugemutet hat, seiner Pflicht ist er nicht bewußt geblieben. (Lachen.)

ungeklärten Königswort

nicht die Rede sein könne. (Beifall Dr. Kaempf hat, den Ausdruck nicht mehr zu gebrauchen, da er sonst den Wehrer zur Ordnung rufen müßte. — Herr Verzag: Ich bin nicht zur Ufer bei den Soz. Redefreier) Dem gegenüber erklären wir, daß die Einbringung einer Vorlage erst der Annahme einer Erfüllung ist. Wenn der Landtag die Vorlage ablehnt, dann dürfte die Regierung die Hände nicht in die Taschen stecken, ob das Versprechen noch eingelöst wird. Wenn man die Erfüllung durchsetzen wollte, dann brauchte man nur, wie unsere belgischen Genossen, zum politischen Waffenstreik übergehen. (Abg. rechts.) Ein erfreulicher Anfang der friedlichen Verständigung der Völker untereinander war die Werner Konferenz, über die man nicht so leicht hinweg gehen sollte. Sie stand im Gegensatz zu den Rüstungstreibern, die besonders von den Reichstagen auszugehen, und die Deutschland und Frankreich in das größte Unrecht





Wegmächte in einem so wichtigen Momente zu stehen, wie man es hier früher nicht hätte erwarten können. Die finanzielle Lage des Reiches ist eine unheilvolle. Die finanzielle Lage des Reiches ist eine unheilvolle. Die finanzielle Lage des Reiches ist eine unheilvolle.

Ministerkrise in Spanien.

Anfolge des gemeldeten Entlassungsangebotes des Staatspräsidenten Montero Rios haben noch mehrere Mitglieder des Präsidiums und des Büros sowie der Unterstaatssekretäre im Unterrichtsministerium Albas Santiago, ferner der Generalanwalt des höchsten Tribunals, Xornos, und andere höhere Ministerialbeamte ihren Abschied eingebracht.

Dermisantes.

Der „Imperator“ auf der Fahrt.

Nach praedictoribus hacti exortio gestern Donnerstag der Dampfer „Imperator“ bald nach 1 Uhr den Docks, um sich der Pampelbode anfert.

Angetriebene Leichen von „S. 178“.

Das Torpedoboot „D. 9“ hat von Hornum die dort angetriebenen Leichen nach Wilhelmshaven gebracht, nämlich die des Kommandanten, des „S. 178“ Oberleutnant zur See Fies, sowie die der Schiffsarzt Hadmann und Siff und eines unbekannten Matrosen.

Er mordung eines Cheparas. In Waffonville bei Oberros wurde in der Nacht das fidele Cheparas Gouze er mordet. Die Mörder, ein 15-jähriger und ein 13-jähriger Bursche, die vor kurzem aus einer Gefängnisanstalt entlassen waren, wurden verhaftet.

Herichtsfall.

Die Frau, die zuerst ins Gefängnis kam und Fräulein M. Hilfe suchte, betrat es nach 12 Uhr durch die Eingangstür von der Straße aus. Auch sie will vor dem Hause einen Mann in braunem Lederjacket bemerkt haben. Sie fand das Haus zum Kaufhaus, dort sah sie den Richterin gefesselt und getrieben liegen. Sie sah die das Zuchtgeleit aus dem Künste, das übrigens schon bald beendigt. Darauf richtete sie die Gefesselte auf, die sehr rasch auslief und fortgesetzt weinte und „Auntie“, lieber zurechtgekommen die Eindrücke bemerkte die Frau, deren Ausdrücke ziemlich der Polizeiagent, der zuerst ins Bureau getreten worden war, mit großer Schamtheit in es habe bald den Einbruch der Zauführung genommen. Zunächst allerdings habe er die Sache für ernst gehalten und schon sein Verbot herausgeholt, um der Gefesselten die Handlungen abzuwehren.

erschien dem Rechte so manchen in dem Bewusstsein, das die Restriktion während des Aufstehens der Festlegung gesetzt hatte, auffällig. So hielt er es für unannehmlich, daß sie nach dem Erwachen aus der Ohnmacht sich nicht selbst auferstehen und das nur noch losje im Grunde befreite Zuchtgeleit entfernt haben sollte, was ihr jedoch sehr wohl möglich gewesen sein würde, ohne daß sie erst andere durch Rufen herbeirufen mußte.

Auch der Gerichtsrat fand viele Unannehmlichkeiten daran. Er hielt sogar in Abrede, daß die Angelegte wirklich ohnmächtig gewesen sei. In der zweiseitigen Gerichtsverhandlung habe sie eine gewisse Widerstandsfähigkeit, eine Klarheit und Unbefangenheit an den Tag gelegt, was die sie gar mancher Angelegte zumal nach einer mehrmaligen Untersuchung recht wohl beneiden könne. Bei einer so frühigen Natur würde sie auf keinen Fall schon beim ersten Vorhaben eines Revolvers ohnmächtig umgefallen sein. Unersichtlich bleibe auch, warum der Richter einer Ohnmächtigen, die doch nicht mehr sprechen konnte, ganz unmöglich noch einen Anfecht in den Mund hätte stecken sollen.

Letzte Telegramme.

Berlin, 13. Juni. Auf dem parlamentarischen Abend, der gestern beim Reichstagspräsidenten Kühn stattfand und dem der Reichskanzler bis zum Schluß seine Anwesenheit schenkte, standen die Verständigungsverhandlungen im Vordergrund, die wegen der Deckungsfrage fortlaufend gepflogen werden. Alle Parteilisten waren anwesend. Das Zentrum hielt am Mittwoch und Donnerstag sehr lange Fraktionsitzungen ab. Wie nach der „Voll. Sta.“ verlautet, ist innerhalb der Fraktion noch keine Einigung erzielt worden. Der „Täg. Rundschau“ wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen zwischen den Nationalliberalen, den Fortschrittler und dem Zentrum, die auf eine Aufhebung der Reichssteuer einzugehen, in eine Sackgasse zu geraten drohen. Sie nimmer mühen die Einzelheiten einer allgemeinen Reichssteuer zu bestimmen, da diese nichts anderes ist als eine Reichssteuerbefreiung. Nach dem „V. Z.“ liegen die fachlichen Schwierigkeiten der Vorläufe für allem darin, daß noch keine fixen Ertragsberechnungen zu erreichen waren. Nach dem „Kofalangeier“ ist in der angebotenen Verständigung über die Deckung der Wehrvorlage ein feststehendes Stempel enthalten, zu erheben bei der dreijährigen Veranlagung vom Vermögen.

Angehörig eines polnischen Geistlichen gegen den Bischof. Bosen, 13. Juni. Das Verbot an den Geistlichen Witkowski, sein Landtagsmandat auszuüben, gibt einem Teil der polnischen Presse Veranlassung, anzukündigen, daß Witkowski dem Bischof in der Ghorjam verweigern und das Abgeordnetenmandat dennoch ausüben werden.

Rumanien rüftet. Bukarest, 13. Juni. Der Ministerrat hat die vorläufige Eröffnung eines neuen Kredits in Höhe von acht Millionen für Gewerbebetriebe genehmigt.

Der neue Großmeister. Konstantinopel, 13. Juni. Brina Said Salim ist endgültig zum Großmeister ernannt worden. Es verlautet, daß mehrere vorüber die Werdandlung des Großmeisterei verhandelt worden seien. Die Unternehmung wird streng geheim geführt.

Streifenrufen. Krefeld, 13. Juni. Nach einer Veranlassung am Dienstag kam es zu blutigen Zusammenstößen der Polizei mit Streifenrufen.

Gefährlicher Brand. Kaiserslautern, 13. Juni. Ein großer Brand zerstörte gestern die Mälgerei von Gelbert. Bei den Beschäftigten wurden sieben Feuerwehrlente mehr oder minder schwer verletzt.

Börsen- und Handelsmärkte.

Table with multiple columns listing market prices for various goods such as wheat, oil, and other commodities. Includes sub-sections for 'Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel' and 'Produkten- und Warenmärkte'.

Table listing exchange rates and market prices for various currencies and commodities, including 'Weizen', 'Roggen', and 'Weizenmehl'.

Wichtigste Depeschen. (Kontierung der Westeuropäischen Börsen.) Weizen (Normalgew. 75 kg) ... inländ. feiu mittel 158-167, gering ... Roggen (Normalgew. 72 kg) ... Weizenmehl (per 100 kg) ...

Getreide. Weizen, 12. Juni. Spiritus ruhig, Juni 83. Roggen, 12. Juni. Spiritus ruhig, Juni 83. Weizenmehl, 12. Juni. Spiritus ruhig, Juni 83.

Wolle und Baumwolle. Bremen, 12. Juni. Baumwolle, füll. Upland middling Juni 61,70. Baumwolle, füll. Upland middling Juni 61,70.

Neueste Handels-Depeschen. Weizen, 12. Juni. Roter Winterweizen loco ... Roggen, 12. Juni. Weizen per Juli 92 1/2, per Sept. 91 1/2.

Wasserstände von Saale und Unstrut. (Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.) Straußfurt 11. Juni + 1,30, bei Sept. 1,30 + 1,35.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S., Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.



Berliner Borse, 12. Juni 1933

Continuation of the Berlin Stock Exchange listing, including various stock symbols and prices.

Information regarding interest rates and exchange rates, including 'Zinssatz' and 'Wechselkurs'.

Main body of the stock exchange listing, organized into columns with stock names, symbols, and prices. Includes sections for 'Bank-Aktien', 'Schiff-Aktien', and 'Eisen- & Prioritäts-Aktien'.